

Anfrage Nr.: 0056/2011/FZ  
**Anfrage von: Stadtrat Michalski**  
**Anfragedatum: 02.11.2011**

Betreff:

**Raumsituation Marie-Baum-Schule**

Schriftliche Frage:

Die Marie-Baum-Schule leidet unter Raumproblemen. Im beschlossenen Haushalt sind keine Planungen für eine Lösung enthalten.

- Wie ist die Sicht der Verwaltung auf die Raumsituation der Schule?
- Wie bewertet die Verwaltung den Antrag der Schule auf Baumaßnahmen vom 20. Juli 2010?
- Hat die Schule eine schriftliche Antwort auf ihren Antrag erhalten?

Antwort:

Seit 2003 gibt es für den Bereich des Regierungspräsidiums Karlsruhe eine Regionalkonferenz Rhein-Neckar-Odenwald, die sich schulträgerübergreifend mit der Struktur der beruflichen Schulen beschäftigt und durch eine Lenkung von Schülerströmen versucht, sich mit den Auswirkungen der geänderten Rahmenbedingungen in der Wirtschaft und der demografischen Entwicklung auseinander zu setzen. Die Problematik dabei liegt insbesondere darin, dass in den ländlichen Bereichen in den vergangenen Jahren erhebliche Schülerrückgänge zu verzeichnen waren, die z.T. ganze Ausbildungsbereiche an den Schulen betrafen und dadurch in Frage stellten.

Um weiterhin eine berufliche Beschulung in der bisherigen Qualität aufrecht erhalten zu können, ist eine gemeinsame Abstimmung der Staatlichen Schulverwaltung und der einzelnen Schulträger das Ziel dieser Regionalkonferenz, die sich Ende November 2011 zum 9. Mal treffen wird.

Eine große Rolle spielt dabei auch der vom Statistischen Landesamt prognostizierte erhebliche Rückgang bei den Schülerzahlen der beruflichen Schulen von bis zu 30%. Es ist noch nicht absehbar, wie sich dies auf die beruflichen Schulen in der Region Rhein-Neckar-Odenwald grundsätzlich auswirken wird und wie die Staatliche Schulverwaltung hierauf zu reagieren gedenkt.

Dies ist besonders für die Schulträger eine unbefriedigende Situation, da durch diese Entwicklungen eine verlässliche Raumplanung und -entwicklung an den beruflichen Schulen vorerst kaum möglich ist. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Rhein-Neckar-Kreis, der in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen in die Sachausstattung, aber auch in bauliche Erweiterungen tätigte und nun feststellen muss, dass durch die Entwicklung der Schülerzahlen diese in einem solchen Umfang nicht nötig waren.

Ausgehend von diesem Trend beabsichtigt nun der Rhein-Neckar-Kreis einen Schulentwicklungsplan zu erstellen, an dem sich auch der Neckar-Odenwald-Kreis und die Stadtkreise Mannheim und Heidelberg beteiligen. In Verbindung mit den jährlichen Planungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe hat eine solche Schulentwicklungsplanung vermutlich gravierende Auswirkungen auf alle Stadt- und Landkreise in der Metropolregion.

Deshalb und aufgrund der Tatsache, dass in Mannheim eine hauswirtschaftliche berufliche Schule geschlossen werden soll, sollten entsprechende Planungen bis zum Vorliegen von Ergebnissen dieser Schulentwicklungsplanung zurückgestellt werden.

Ein weiterer zu beachtender Punkt im Bereich der beruflichen Schulen ist die Problematik, dass es noch nicht abzusehen war und ist, welche Auswirkungen die Weiterentwicklung der Werkrealschule und die mögliche Einführung von Gemeinschaftsschulen auf die bestehenden Berufsfachschulen haben wird. Es ist nicht auszuschließen, dass hier sich ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen ergibt. Bevor hier keine Klarheit bestand bzw. besteht, wäre es auch nicht sinnvoll gewesen, Planungen einzuleiten und Mittel hierfür vorzusehen, zumal der Haushaltsplanentwurf für den derzeitigen Doppelhaushalt schon fertiggestellt war. Bei einem Rückgang der Schülerzahlen bei den Berufsfachschulen kann sich in der Raumfrage eine Entspannung ergeben.

Zur Verbesserung der Raumsituation erhielt die Marie-Baum-Schule zusätzliche Räume in der Carl-Bosch-Schule, die aber das bestehende Defizit noch nicht ganz auffangen konnten.

Eine schriftliche Antwort hat die Schule nicht erhalten, aber diese Problematik wurde zeitnah mit der Schulleitung besprochen und ihr ist die Haltung der Stadt diesbezüglich auch bekannt. Eine schon seit vielen Jahren bekannte Lösung mit einer Überbauung der Terrasse an der Schule ist sicherlich denkbar, wurde aber wegen der angeführten Gründe bisher nicht weiterverfolgt.

Eine weitere Alternative zur Verbesserung der Raumsituation würde die Möglichkeit darstellen, durch den Schülerrückgang freiwerdende Kapazitäten hierfür zu verwenden.

Dies würde dann aber ggf. Auswirkungen auf mögliche Wünsche der Schule zur Einrichtung neuer Schularten (z.B. der Wunsch zur Einrichtung eines Berufskollegs II) nach sich ziehen.